

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 105 (2011)
Heft: 3

Artikel: Mehr Selbstbewusstsein!
Autor: Seifert, Kurt
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-390220>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Welt befindet sich im Umbruch. In mehreren arabischen Ländern ist beinahe über Nacht eine Bewegung entstanden, die Demokratie und mehr Gerechtigkeit in der Gesellschaft einfordert. Diese überraschende Entwicklung deutet darauf hin, dass sich im Nahen Osten und im Norden Afrikas so etwas wie ein «dritter Weg» abzeichnet: zwischen den autokratischen Regimes mit bislang zu meist guten Beziehungen zum Westen einerseits und dem gegen die Vorherrschaft westlicher Werte gerichteten Islamismus auf der anderen Seite. Hier könnte etwas Neues entstehen, das endlich zu einer gleichberechtigten Begegnung zwischen Orient und Okzident führt.

Auch in anderen Weltgegenden erwachen die Völker und wollen ihr Schicksal selbst bestimmen. Europa hingegen ist hauptsächlich von Pessimismus geprägt: Die Folgen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise scheinen vorerst überwunden, doch die Kosten dafür in Form von enormen Staatsschulden und einschneidenden Sparprogrammen sind beträchtlich. Da will keine Aufbruchsstimmung aufkommen.

Obwohl die Schweiz die Krisenstürme bis jetzt leidlich überstanden hat, herrscht nicht Erleichterung vor, sondern Unsicherheit. Darauf deuten Untersuchungen zum psychologischen Klima hin: Die «Sehnsucht nach klaren, geordneten Verhältnissen» wächst, wie die *NZZ am Sonntag* kürzlich festgestellt hat («Zurück zu alten Werten», 20. Februar 2011). Weil die politischen und ökonomischen Zusammenhänge, in denen wir uns bewegen, kaum begriffen werden, erscheint Abschottung als Gebot der Stunde – selbst wenn die Schweiz wie kaum eine andere Nation von den globalen Kapitalströmen bestimmt wird. Das macht dieses Land in hohem Grade verletzlich und zwingt uns dazu, nicht nur über die eigene Zukunft, sondern auch jene der Menschheit nachzudenken.

Kurt Seifert

Mehr Selbstbewusstsein!

Eine Standortbestimmung vor dem Wahlparteitag der SP vom 26. März

Die Linke steuert im Gegenwind. Nationalkonservative geben den Ton an: Gesucht sind «schweizerischen Werte», die in einer unsicher gewordenen Welt Halt bieten sollen. Deshalb das Ja zur Ausschaffungs- und das Nein zur Waffenschutzinitiative. Die Debatte über ein neues Programm hätte mehr Klarheit über den weiteren Weg der Sozialdemokratischen Partei als der wichtigsten Kraft im linken Spektrum bringen sollen. Jetzt sieht es so aus, als ob die Diskussionen um das Programm eher zur Verwirrung beitragen.

Trotzdem ist es unerlässlich, an der Vision eines demokratischen und ökologischen Sozialismus festzuhalten und von der notwendigen Überwindung des Kapitalismus zu sprechen – ohne die nächsten Schritte aus den Augen zu verlieren.

Das Nahe mit dem Fernen verbinden

Der Blick über die nationalen Grenzen hinweg ist einer Linken, die seit ihren Anfängen die grundlegende Bedeutung der internationalen Solidarität betont hat und einst als «vaterlandslos», später dann als «heimatmüde» abgetan wurde, eigen – oder sollte es zumindest sein. Nicht zuletzt diese globale Sichtweise könnte erklären, weshalb die Sozialdemokratische Partei in ihrer Mehrheit am Ziel eines demokratischen Sozialismus festhält (der heute allerdings einer ökologischen Erweiterung bedarf). Wer nur die Schweiz wahrnimmt, der oder die kann mit dem Kapitalismus eigentlich recht gut leben. Die Opfer der weltweit herrschenden Wirtschaftsweise – die Verhungerten, die Ausgeschlossenen und Abgeschriebenen – sind scheinbar weit weg. Die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen findet zwar nicht nur anderswo statt, aber hier in der Schweiz können wir deren Folgen mit beträchtlichem Kapitaleinsatz begrenzen – wenigstens vorerst.

Wer von der «Überwindung des Kapitalismus» spricht, benötigt ein Programm, in dem das räumlich wie zeitlich Nahe mit dem Fernen verbunden wird. Das ist eine anspruchsvolle Aufgabe. Deshalb verwundert auch nicht, dass der SP erst einmal der Wind der veröffentlichten Meinung ins Gesicht blies, als sie es wagte, in ihrem Programm Visionen zu formulieren, die über das Unmittelbare hinaus Orientierung geben sollen. Eher erstaunt, dass die sozialdemokratische Parteileitung darauf nicht vorbereitet war und bei der Begründung dieses Programms relativ rasch in die Defensive geriet. Es wäre richtig gewesen, die Debatte über das Parteiprogramm breiter und intensiver zu führen, um auf diese Weise die unterschiedlichen Richtungen innerhalb der SP besser einbeziehen zu können und die Aussagen dieses Textes kohärenter zu gestalten. Jetzt stellt sich dieses Programm als ein Sammelsurium dar, das

durchaus progressive Elemente enthält, aber als Ganzes eher noch wie ein Arbeitspapier wirkt.

Nationalkonservatives Deutungsmonopol

Am SP-Kongress Ende Oktober letzten Jahres in Lausanne war eine Kurzfassung des Programms in Aussicht gestellt worden, die am Wahlparteitag Ende März in Zürich verabschiedet werden sollte. Inzwischen beschränkt sich die Geschäftsleitung darauf, den Delegierten eine Zehn-Punkte-Plattform für die National- und Ständeratswahlen vorzulegen. Die darin enthaltenen Forderungen spiegeln vieles von dem wieder, wofür sich die schweizerische Sozialdemokratie in den vergangenen Jahren mit mehr oder weniger Erfolg eingesetzt hat. «Es braucht eine Politik im Interesse der ganzen Bevölkerung», heisst einer der Leitsätze dieser Plattform. Damit behauptet die SP ihren Anspruch als Partei des Volkes – gegenüber der übergrossen Konkurrenz der Nationalkonservativen, welche die «echten» Schweizer und Schweizerinnen um sich scharen wollen.

Unklar bleibt allerdings, wie die Linke dem Deutungsmonopol der SVP entgegenzutreten gedenkt, der es doch immer wieder gelingt, Fragen des gesellschaftlichen Zusammenlebens und des sozialen Ausgleichs auf Probleme des Patriotismus zu reduzieren. So werden die falschen Fronten gepflegt. In Gefahr ist ja nicht die eidgenössische Idylle der Ringer und Schützen, sondern das Selbstbestimmungsrecht der Bürger und Bürgerinnen dieses Landes, wenn zum Beispiel gewichtige Vorlagen wie der 60-Milliarden-Kredit für die UBS im Herbst 2008 von jeder politischen Diskussion ausgeschlossen bleiben.

Die Macht zum Thema machen

Die Demokratie ist auch in Gefahr, wenn der Reichtum der Wenigen weiter wächst, während das verfügbare Einkommen der Vielen stagniert. Die aus

dem Reichtum sich ergebende materielle Macht beeinflusst politische Entscheidungsprozesse zu Gunsten dieser Minderheit. Deshalb ist es wichtig und dringender erforderlich, den privaten Reichtum endlich einmal zu thematisieren. Die Forderung nach einer nationalen Erbschaftssteuer zur Finanzierung der AHV, die Teil der Wahlplattform ist, könnte der Diskussion Schubkraft verleihen. Der vorgeschlagene Freibetrag von zwei Millionen Franken sollte nicht nur die Wohlhabenden unter der eigenen Klientel beruhigen. Wünschenswert wäre, wenn die SP die von der Evangelischen Volkspartei geplante Volksinitiative zur Einführung einer solchen Steuer tatkräftig unterstützen würde.

Das Lausanner Programm hat sich der Erweiterung der Demokratie durch die Demokratisierung der Wirtschaft verschrieben. In dessen Kapitel III («Unsere Vision – der demokratische Sozialismus») wird erklärt, das strategische Ziel der «Wirtschaftsdemokratie» bedeute, «ein neues politisches Aktionsfeld mit weitem zeitlichem Horizont» zu eröffnen. Der politische Prozess setze «im Hier und Heute» an. Was läge da näher, als dieses Fernziel in der Wahlplattform zu konkretisieren und so auf die näher liegenden Ziele zu beziehen? Doch weit gefehlt: Die Frage einer Demokratisierung der Wirtschaft kommt hier nicht vor – auch nicht im Zusammenhang mit der Forderung nach Stärkung des Service Public, obwohl doch nach dem deutlichen Niedergang der neoliberalen Privatisierungsideologie eine gute Chance bestünde, den Einbezug der für den Service Public Tätigen wie der ihre Dienstleistungen Nutzenden in die Entscheidungsprozesse der Unternehmen ins Gespräch zu bringen. Wenn nicht jetzt, wann dann?

Die Veränderungen in der Welt beeinflussen

Auch bei anderen Themen hält sich die Wahlplattform deutlich zurück. So bleibt

die Frage des weiteren Weges der Schweiz in Europa und der Welt weitgehend ausgeklammert. Die Haltung zur Europäischen Union schien in Lausanne geklärt zu sein: Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz stehe «für die rasche Einleitung von Beitrittsverhandlungen zur EU» und eine aktive Nutzung des vorhandenen Spielraums, um einen möglichen Beitritt sozial ausgestalten zu können. Sie setze sich zusammen mit sozialdemokratischen Schwesterparteien und den Zivilgesellschaften Europas für demokratische und soziale Reformen, «einen europäischen Wandel» ein (Kapitel IV, 4.a). Das leuchtet manchen in der SP offenbar nicht so recht ein.

Dabei ginge es doch weniger um eine Fixierung auf die Beitrittsfrage, die Denkprozesse gegenwärtig eher blockiert, als um ein Bewusstsein für die Verflochtenheit unseres Landes in das globale Geschehen. Die letzten Jahre, insbesondere nach dem Ausbruch der Finanzkrise, haben gezeigt, dass die Schweiz sich isoliert, wenn sie glaubt, politisch abseits stehen zu können. Alleine auf ökonomische Integration zu setzen, ist unzureichend – nicht zuletzt deshalb, weil diese Integration auch negative Effekte bewirkt, die beispielsweise auf dem heimischen Wohnungsmarkt spürbar werden. Auf diese Weise tut sich ein neues Feld für die Propaganda der Nationalkonservativen auf, die damit die Ängste vor den «Ausländern» schüren können.

Notwendig wäre vielmehr der Prozess einer geistigen Auseinandersetzung mit den Veränderungen in der Welt und der Möglichkeit, diese zu beeinflussen. Hier hätte die Sozialdemokratische Partei als Erbin einer Tradition aufgeklärten Denkens eine grossartige Aufgabe. Vermutlich braucht es ein wenig Mut, diese Herausforderung wahrzunehmen. Die Auseinandersetzung mit dem Lausanner Programm, das Ausdruck eines neuen sozialdemokratischen Selbstbewusstseins sein könnte, hilft bestimmt weiter! ●